

Fakenews über Fukushima durch die UN im Dienste der Atomlobby

Betr. UN-Studie zum Jahrestag Fukushima

Wie schon nach Tschernobyl hat das Strahlenkomitee der Vereinten Nationen UNSCEAR die erwartbaren gesundheitlichen Folgen der Katastrophe von 2011 bis zur Unkenntlichkeit verharmlost. Nach Tschernobyl erschienen zuerst Schilddrüsenkarzinome, die heute nicht mehr bestritten werden, darüber hinaus ist angeblich nichts erkennbar. Sogar in Russland, der Ukraine und Weißrussland dürfen staatliche Universitäten und Institute inzwischen mitteilen, dass in den bestrahlten Bevölkerungen auch andere Krebserkrankungen stark angestiegen sind sowie Schädigungen bei den Nachkommen vorliegen. Schilddrüsenkarzinome sowie Totgeburten und Säuglingssterblichkeit nach Fukushima wurden bereits gefunden. UNSCEAR hat jedoch im Jahr 2016 erneut verkündigt, dass unterhalb einer Dosis von 100 mSv so gut wie keine Gesundheitsschäden auftreten. 100 mSv ist die erwartbare Dosis, bis zu der in Japan nicht evakuiert werden musste. 100 mSv ist die Dosis, unterhalb derer nach Grundlage unseres neuen Strahlenschutzgesetzes Embryonen und Föten im Mutterleib angeblich nicht geschädigt werden. 100 mSv in 5 Jahren ist der Dosisgrenzwert für beruflich exponierte Beschäftigte, den die deutsche Strahlenschutzkommission (SSK) ganz o.k. findet. Demgegenüber sind in großen nationalen und internationalen Untersuchungen an strahlenexponierten Arbeitnehmern deutlich erhöhte Raten an Krebserkrankungen festgestellt worden, weit unterhalb des Dosisgrenzwerts. Der BUND hatte deswegen u.a. eine Senkung des Dosisgrenzwerts für Beschäftigte gefordert.

Im Ausstiegsland Deutschland werden die Thesen der UN von der SSK, der Bundesministerin für Umwelt (SPD) und dem Bundesamt für Strahlenschutz nicht bestritten. Achtung deutsche Bürgerinnen und Bürger: auch mit mehreren CTs kann man die 100 mSv überschreiten und für medizinische Anwendungen gibt es keine Dosisgrenzwerte! Krebs in Folge von CTs bei Kindern und Jugendlichen wurde schon mehrfach festgestellt, auch in Deutschland. Wir fordern endlich Konsequenzen.